

Workshop

Staatliche Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik nach 1945, Bergische Universität Wuppertal,
11./12. März 2021

Das Jahr 1945 bedeutete für die staatliche Forschungsfinanzierung in Deutschland einen tiefen Einschnitt. Zentralstaatlich finanzierte Forschungseinrichtungen, wie Reichsinstitute und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, verloren den Mittelfluss aus Berlin ebenso wie zentrale Institutionen der Forschungsförderung, z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Forschungsförderung wurde daher zunächst in erster Linie Ländersache. Ab 1949 begann in Westdeutschland der Bund dann zunehmend forschungspolitische Initiativen zu entwickeln, über die Ansiedelung von Forschungsförderung im Atomministerium (Ressortforschung) bis hin zur Gründung eines entsprechenden Ministeriums für wissenschaftliche Forschung 1962. In diese Phase fällt auch der Beginn einer beispiellosen Expansion des Hochschulwesens in den 1960er und 1970er Jahren sowie die Gründung zweier solventer forschungsfördernder Institutionen, der Thyssen-Stiftung (1959) und der Volkswagen-Stiftung (1961).

Jenseits eines solch groben Rasters sind die Rahmenbedingungen staatlicher Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik nach 1945 aus wissenschaftshistorischer und wissenschaftssoziologischer Perspektive noch unzureichend erforscht. Der Workshop *Geschichte der staatlichen Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik nach 1945* zielt einerseits auf eine überblicksartige Bestandsaufnahme des Bekannten und andererseits auf die Identifizierung von künftigen Forschungsfeldern in diesem Bereich.